

Bomben aufs Brudervolk

Russlands Präsident Wladimir Putin wirft der Ukraine Nazi-Unwesen vor. Das Land wandte sich von Russland ab. Der Ukrainer Kostiantyn Velychko geriet als Zivilist in russische Gefangenschaft. Er erlebte durch Angreifer und Besatzer seines Landes Kriegsverbrechen.

VON JENS EUMANN

CHEMNITZ – „Ich verstehe, dass Leute Frieden wollen, aber wie soll der Frieden aussehen? Man kann der Russischen Föderation nicht trauen“, sagt Kostiantyn Velychko. Das ist die Lektion, die der ukrainische IT-Experte gelernt hat, in den Monaten des Krieges und in jenen 100 Tagen, die er sich in russischer Gefangenschaft befand.

Als er wach wurde an jenem 24. Februar 2022, habe er viele Anrufe von Freunden aus der ukrainischen Armee gehabt. Zusammen mit ihnen hatte er in den Tagen zuvor überlegt, ob es tatsächlich Krieg geben werde. „Wir dachten, es gibt keine logischen Gründe. Das ist irgend ein Säbelrasseln, um die Ukraine zu Verhandlungen zu zwingen.“ Doch jetzt war alles anders. Jetzt rieten ihm seine Freunde: Du musst deine Familie in Sicherheit bringen! „In 40 Minuten waren wir auf dem Weg aus Mariupol heraus, noch bevor die Kampfhandlungen begannen.“ So schnell zu fliehen, sei die wichtigste Entscheidung in seinem bisherigen Leben gewesen. Seine Frau und die Familie in Sicherheit wissend, habe er dann den Entschluss gefasst, weitere Menschen aus dem umkämpften und okkupierten Mariupol herauszuholen. Binnen dreier Wochen habe sich eine Gruppe gebildet, die in der Lage gewesen sei, mit sieben Autos Menschen aufzunehmen und sie auf vorgeplanten Wegen durch Dörfer mit Helfern aus dem Kampfgebiet zu bringen. Velychko zeigt Bilder von einem zerbombten Plattenbau, in dem er selbst gewohnt habe, wie er sagt. Die Bomben haben eine Schneise gefressen, vom obersten Geschoss des Hochhauses bis zum Grund. Er zeigt Bilder der zerstörten Schule, die seine Tochter besucht habe. Überprüfen lassen sich die Angaben derzeit nicht.

„Mein Job war, unsere Arbeit in Saporischschja zu koordinieren.“ Obwohl die Fluchtautos oft über Leichen hätten hinwegfahren müssen, weil keine Zeit blieb, diese wegzuräumen, habe sich die Angst in Grenzen gehalten. Er habe sich gefragt: „Was kann mir als Schlimmstes passieren? Dass man mich erschießt, sonst nichts.“ Er erklärt, wie er das meint. Zunächst habe er Gewissheit gehabt, als Zivilist werde ihm niemand bewusst etwas antun.



Großwohnböcke, ähnlich denen im Chemnitzer Wohngebiet „Fritz Heckert“, gibt es viele in Mariupol. Die russische Artillerie griff sie mit Bomben und Raketen an. Viele dieser zivilen Ziele wurden bis auf die Grundmauern zerschnitten – so wie auch das Haus, in dem Zeitzeuge Kostiantyn Velychko lebte.

FOTO: UNCREATED/AP/DPA

„Wir haben gedacht: Russland ist ein Rechtsstaat, also passiert uns nichts, außer dass wir vielleicht zufällig erschossen werden. Wir haben uns irritiert.“ Jetzt glaubt er, die Hintergründe besser zu verstehen: Die Russen hätten Wege gesucht, „unsere Bemühungen zu unterbinden. Weil wir erzählen konnten, was in Mariupol vor sich geht. Man hat uns beschuldigt, dass wir Waffen in die Stadt schmuggeln und nicht Zivilisten rausbringen, sondern Militärs.“

In Mariupol startete eine Propagandakampagne: Die Ukraine hat euch verlassen.“ Velychko berichtet von Verhören, von Schlägen, von psychischer Gewalt: „Wir mussten auf dem Boden kriechen. Sie machten die Waffen scharf, so dass wir das hören und glauben sollten, jetzt werden wir erschossen. Ein Vergnügen der Wächter war, uns zu zwingen, unsere eigenen Gräber zu schaufeln und zu drohen: Wenn du nicht gestehst, wirst du erschossen.“

Mit durch Klebeband gebundenen Händen und ebenso verklebten Augen seien er und die anderen Gefangenen auf einem Lastwagen ins Gefängnis Oleniwka in Donezk gebracht worden. Dort seien noch zwei weitere Behandlungsarten hinzugekommen. „Bei manchen Leuten waren es Elektroschocks.“ Und dann hätten die Gefangenen kniend am Boden sitzen müssen, die Hände hinter dem Kopf – über Stunden. Als Tagesration ein Stück Brot und 170 Milliliter Wasser, nur zweimal am Tag auf die Toilette. „Erst wenn Leute heulten, sie müssten, hat man

sie gelassen“, berichtet Velychko. Und das, sagt er, sei die Vorzugsbehandlung gewesen.

Den Kriegsgefangenen sei es schlechter ergangen: „Sie prügelt man aus dem Auto heraus mit Stöcken. Es wurde sortiert: Wer ist Offizier, wer ist Soldat.“ Einen, das habe er gesehen, hätten die Wächter totgeprügelt. Das seien die Unterschiede zwischen der russischen Propaganda und dem, was in der Ukraine passiere. „Sie sagen, dass sie die zivile Bevölkerung nicht belangen, aber ich habe da in diesem Gefängnis gesessen.“ Und so wie zwei der einst von ihm bewohnten Häuser und die Schule der Tochter aussehen, sei es 70 Prozent der Gebäude seiner Heimatstadt ergangen.

Der Zeitzeugenbericht, den der nach 100 Tagen freigelassene und über das Baltikum in den Westen gereiste Velychko am Dienstagabend im Großen Hörsaal der Technischen Universität (TU) Chemnitz abgab, hinterließ im rund 100-köpfigen Publikum Gesichter der Ergriffenheit. Velychkos auf Russisch gehaltenen Bericht hatte Vladimir Shikhman übersetzt, Professor für Wirtschaftsmathematik an der TU, deutscher Staatsbürger zwar, aber in Russland geboren und aufgewachsen. Ebenso wie Velychko habe er, als er wach wurde an jenem 24. Februar, nicht glauben können, dass Russland die Ukraine überfallen hat, sagte Shikhman. Er glaube, es ändere sich gerade etwas in der Wahrnehmung. „Die deutsche Öffentlichkeit fängt an zu verstehen, dass der Krieg nicht ge-

Kostiantyn Velychko

Zeitzeuge aus der Ukraine

FOTO: ANDREAS SEIDEL



„Ich verstehe, dass Leute Frieden wollen, aber wie soll der Frieden aussehen? Man kann der Russischen Föderation nicht trauen.“

führt wird gegen die Ukraine, sondern gegen den Westen“, urteilt er. „Und es ist auch eine Art neuer Weltkrieg.“ Er vergleicht: „Als Hitler Polen überfallen hat, haben Menschen auch nicht gehaut, dass ein Weltkrieg beginnt.“ Natürlich sei heute vieles anders. „Niemand möchte im Krieg sein, egal wo man lebt, aber man ist da mit drin, ob man auswandert ist, wie ich, oder nicht.“

Eric Linhart, Inhaber der TU-Professur für Politische Systeme, ver-

wies auf den „ganz schmalen Drahtseilakt“, den Politiker im Westen derzeit vollführen müssten, „je stärker wir uns militärisch engagieren“. Jeder könne sich ausmalen, „was passieren würde, wenn das wirklich in einen Dritten Weltkrieg münden würde“. Er beschrieb die Situation als Dilemma: „Wir sollten von uns aus niemanden provozieren, aber müssen von uns aus reagieren. Denn sonst macht er weiter. Als Putin die Krim annektiert hat, hat er gemerkt, es passiert nicht viel.“

Vielmehr habe man die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland eher noch weiter ausgebaut, zumindest von deutscher Seite, mahnte Sebastian Gechert, an der TU Inhaber der Professur für Makroökonomie. „Daraus müssen wir lernen.“ Mittelfristig werden die jetzigen Sanktionen Wirkung zeigen und der russischen Wirtschaft schaden, ist der Makroökonom sicher. Um der Ukraine jetzt übers Kriegsgeschehen hinaus zu helfen, bedürfe es großer Anstrengungen: „Aktuell wird ja ein Marshallplan (benannt nach dem Wiederaufbauplan für Deutschland nach 1945) diskutiert.“ Dieser bedürfe in etwa einer Summe von 700 Milliarden Euro, um der Ukraine zu helfen, wieder auf die Beine zu kommen.

Aus dem Publikum stellte ein Besucher dem Zeitzeugen Kostiantyn Velychko eine Frage nach ukrainischen Sympathisanten, die mit den russischen Besatzern kollaborierten. Was würden Sie so jemandem sagen oder ihn fragen? Velychko überlegte

nicht lang: Es seien „eigentlich keine schönen Worte“, die er fände. Doch würden ihn die persönlichen Gründe interessieren, warum jemand kollaboriert habe. „In jedem Staat gibt es Leute, die mit dem aktuellen System nicht einverstanden sind. Aber ich bin strikt dagegen, dass die Meinung einer Minderheit, die dagegen ist, allen anderen aufgezungen wird. Ich würde ihn fragen: Warum hast du nicht versucht, in deinem Land deine Meinung durchzusetzen? Warum hast du eine fremde Macht gebraucht?“

Eine Frage, die die „Freie Presse“ im Anschluss an die Podiumsdiskussion an Velychko richtete, bezog sich nicht auf seine mit russischen Besitzern kooperierenden Landsleute. Doch ging es ebenso um seine Reaktion auf bestimmte Menschen – Menschen in Deutschland: Was er Demonstranten in Chemnitz oder andernorts sagen oder diese fragen würde, die jetzt für Frieden mit Russland demonstrieren und bei ihren Demos russische Fahnen schwenken? Zunächst entschuldigte sich Velychko für seine erneut deutlichen Worte in englischer Sprache. Frei übersetzt und im Ton geglättet, bedeutet seine zweisilbige Antwort, dass diese Menschen schleunigst verschwinden sollten. „Es ist nicht die Ukraine, die Russland angegriffen hat“, betont Velychko. „Die Russen haben unser Land angegriffen. Wir verteidigen es. Wenn die Russen ukrainisches Territorium wieder verlassen haben, dann kann man über Frieden reden.“

777 Millionen Euro für ein größeres Kanzleramt

Olaf Scholz baut im ganz großen Stil – das Kanzleramt wird erweitert, eine Kita und neun Wintergärten inklusive.

VON BERNHARD WALKER

BERLIN – Wie sagte Altkanzler Gerhard Schröder, als er im Frühjahr 2001 seinen Dienststift an der Spree bezog? „Eine Nummer kleiner hätte es auch getan.“ Gut 20 Jahre später soll das Kanzleramt noch größer werden: In einem Erweiterungsbau entstehen in den kommenden Jahren in einem halbrunden Gebäude mit sechs Etagen 400 zusätzliche Bü-

ros. Dieser Plan stammt von der früheren Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihrem Kanzleramtsminister Helge Braun. Weil sich die Anzahl der Mitarbeiter des Kanzleramtes in den Jahren zuvor massiv erhöht hatte, gaben Merkel und Braun den Startschuss für den Extrabau, der 777 Millionen Euro kosten soll.

Dazu zählen neben den Büros: ein Hubschrauberlandeplatz auf Stelzen, eine Kita (2,8 Millionen Euro), eine zweite Brücke über die Spree (18 Millionen Euro), ein Sportraum, neun Wintergärten (14 Millionen Euro) sowie eine weitere Kanzlerwohnung mit 250 Quadratmetern. Ist das nicht ein bisschen viel? Keineswegs, meint die Regierung: „Die Dimensionierung (...) orientiert sich an Raumgrößen für Amtswoh-

nungen herausgehobener deutscher Botschaften im Ausland.“ Das Stichwort „Ausland“ ruft die AfD auf den Plan. Sie meint, dass allein der Anbau fünfmal so groß sei wie das Weiße Haus in Washington und zeh-

mal so groß wie „10 Downing Street“, der Sitz des britischen Premierministers. Das Projekt zeuge vom „Altparteienwahn in seiner reinsten Form“ und sei ein „Protzklotz“, der gestoppt werden müsse. Den Ver-

gleich mit Washington und London hält die Ampel für irreführend. Das Kanzleramt sei eben kein bloßer Amtssitz, so der FDP-Abgeordnete Otto Fricke – sondern zugleich ein Verwaltungsgebäude.

Kritik am Erweiterungsbau übt auch die Linkspartei. „Uns wurde ein bescheidener Zweckbau versprochen“, sagt die Abgeordnete Gesine Lötzsch: „Und jetzt bekommen wir ein Schloss mit Hubschrauberlandeplatz und fünfgeschossigen Wintergärten.“ Versailles an der Spree?

So weit geht der Bundesrechnungshof nicht. Aber schon im Sommer 2020 empfahl er unter anderem, auf die Wintergärten zu verzichten. Aus Sicht der Regierung greifen diese jedoch die Konzeption der Architektur im bestehenden Ge-

bäude auf. Sie umfasse „insbesondere auch das sich regelmäßig wiederholende, die Gesamtkubatur gliedernde Element des Wintergartens bis hin zu seiner Ausprägung durch großflächige Glasfassaden mit einer hohen Transparenz.“

Lötzsch meint, dass der Erweiterungsbau angesichts der Inflation und der Sorgen vieler Bürger „maßlos und instinktlos“ sei. Der CDU-Abgeordnete Lars Rohwer erklärt, heute sei „der absolut falsche Zeitpunkt, die größte Regierungszentrale der Welt zu bauen“. Die CDU sitze im Glashauss, erwidert die FDP-Abgeordnete Sandra Weeser. Kanzler Scholz erbe ein Merkel/Braun-Projekt, bei dem die Planungen fortgeschritten und erste Aufträge vergeben seien.



Das Kanzleramt, das die Berliner „Elefantenklo“ taufen.

FOTO: C. GATEAU/DPA